

Nicht kleinzukriegen

Philippinen: Linke NDFP kämpft seit 50 Jahren gegen Zentralregierung. Unter Duterte abgebrochene Gespräche liegen auf Eis. **Von Rainer Werning**

Als Präsident Ferdinand E. Marcos am 21. September 1972 landesweit das Kriegsrecht über die Philippinen verhängte, begründete er das u. a. mit der Gefahr »kommunistischer Subversion«. Gemeint war damit die Guerillaorganisation der Neuen Volksarmee (NPA), die Ende März 1969 auf Initiative der drei Monate zuvor gegründeten Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) entstanden war. Um den Widerstand gegen das Kriegsrechtsregime zu stärken, propagierten beide Organisationen eine breitestmögliche Einheitsfront aus allen Schichten der Gesellschaft. Am 24. April 1973 formierte sich entsprechend die oppositionelle Allianz National Democratic Front of the Philippines (NDFP) und trat erstmalig mit Erklärungen an die Öffentlichkeit. Als oberstes Ziel verfolgt die NDFP die Schaffung einer volksdemokratischen Republik durch einen langandauernden »antimperialistischen, antifeudalen und antifaschistischen Kampf«.

Bis auf Vietnam, Laos und Kambodscha sind in den anderen Ländern Südostasiens einst starke kommunistische Parteien – wie beispielsweise in Indonesien, Malaysia und Thailand – von der politischen Bühne verschwunden oder durch langwierige Aufstandsbekämpfung in die Knie gezwungen worden. So sind und bleiben die Philippinen das einzige Land in der Region, wo kommunistische Rebellen seit mehr als einem halben Jahrhundert die Zentralregierung herausfordern. Gespeist wird der Konflikt durch krasse soziale Ungleichheiten, grassierende Armut und wirtschaftliche Misere sowie zählebige – teils feudale – Großgrundbesitzinteressen. Die Staatsführung wird seit eh und je von einem Geflecht aus politischen Dynastien und einflussreichen Familienclassen dominiert, die sich ihrerseits zwecks eigenen Machterhalts der Nähe zur einstigen Kolonialmacht USA (1898–1946) erfreuen.

Nach dem Sturz der Marcos-Diktatur Ende Februar 1986 war es unter der neuen Präsidentin Corazon C. Aquino zur ersten Verhandlungsrunde zwischen Manila und der NDFP-Führung gekommen. Nach ständigem Auf und



Entschlossener Kampf: Mitglieder der kommunistischen NPA nehmen dafür auch die Waffe in die Hand (Matanao, 19.4.2017)

Ab und kurzzeitigen Unterbrechungen der Gespräche, für die sich beide Seiten gegenseitig die Schuld gaben, kam es bis 1998 (die Treffen fanden vorwiegend in den Niederlanden statt) immerhin zur Unterzeichnung zweier wegweisender Vereinbarungen – des Gemeinsamen Abkommens über Sicherheits- und Immunitätsgarantien und des Umfassenden Abkommens zur Wahrung der Menschenrechte und des Internationalen Humanitären Rechts.

Seit dem Frühjahr 2004 fanden, nunmehr unter der Ägide des norwegischen Außenministeriums, in Oslo weitergehende Verhandlungen statt. Dort wurde u. a. vereinbart, ein umfassendes Abkommen über sozioökonomische Reformen auszuarbeiten und sich dem Themenkomplex politische und verfassungsmäßige Reformen zu widmen.

Aus den Fugen gerieten die vielversprechenden Verhandlungen, als die USA, die Europäische Union und andere Länder auf Intervention der damaligen Regierung unter Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo

(2001–2010) sowohl CPP und NPA als auch José Maria Sison, den Gründungsvorsitzenden der CPP und langjährigen politischen Chefberater der NDFP, als »terroristisch« einstufen. Sison verstarb am 16. Dezember 83jährig im niederländischen Exil in Utrecht.

Erst mit dem Amtsantritt von Rodrigo R. Duterte im Sommer 2016 schien sich auf einmal alles zum Besseren zu wenden. Vollmundig sprach Duterte davon, als »erster sozialistischer Präsident« der Inselrepublik das Kriegsbeil mit der NDFP endlich zu begraben. Immerhin, so der Präsident, sei Sison einst sein Politiklehrer in Manila gewesen. So überaus euphorisch die erste Verhandlungsrunde im August 2016 erneut in Oslo eröffnet wurde, so jäh endeten die Gespräche bereits im darauffolgenden Frühjahr. Die Regierung ließ die eigentlich für Ende Mai 2017 avisierte fünfte offizielle Verhandlungsrunde im niederländischen Seebad Nordwijk aan Zee platzen. Noch vor Unterzeichnung der oben skizzierten Verhandlungspunkte drängte die Regierungsdelegation

plötzlich auf ein für unbestimmte Zeit geltendes Waffenstillstandsabkommen. Und Duterte selbst warf der CPP vor, »seine« Soldaten anzugreifen und zu töten.

Mit seinen am 23. November und 5. Dezember 2017 unterzeichneten Proklamationen 360 und 374 zerschchnitt Duterte endgültig das Tisch-tuch und setzte sämtlichen Gesprächen mit der NDFP ein Ende. Nichts deutet gegenwärtig auf ihre Wiederaufnahme hin. Statt dessen stuft Manila »Sympathisanten, Unterstützer und Finanziers« der NDFP einschließlich ihres langjährigen Delegationsleiters bei den Friedensgesprächen und internationalen Repräsentanten Luis G. Jalandoni nunmehr ebenfalls als »terroristisch« ein.

Die zentrale europaweite Gedenkfeier anlässlich des 50jährigen Bestehens der NDFP fand am 22. und 23. April im niederländischen Den Haag statt. Gedämpft wurde die Stimmung allerdings durch die kurz zuvor publik gewordene Nachricht über die Umstände des gewaltsamen Todes zweier hochrangiger CPP-Kader.

Hintergrund Massaker an Kommunisten

Menschenrechtsaktivisten reagierten empört: Am 20. April wurde publik, dass zehn Mitglieder der Oppositionsallianz National Democratic Front of the Philippines (NDFP) durch staatliche Einsatzkräfte im August des letzten Jahres zu Tode gefoltert wurden. Aus dem Sicherheitsapparat hieß es dazu: »Wir begrüßen die Bestätigung der CPP-NPA-NDFP über den Tod der hochrangigen Terroristenführer Benito Tiamzon und Wilma Austria-Tiamzon im August 2022. Benito Tiamzon war der Vorsitzende des Exekutivkomitees der CPP, und Wilma Tiamzon war die Generalsekretärin der CPP«, sagte der Generaldirektor des Nationalen Sicherheitsrates und Nationale Sicherheitsberater Eduardo M. Año in einer am 20. April von der philippinischen Nachrichtenagentur PNA veröffentlichten Erklärung.

Der Tod der Tiamzons und acht weiterer Personen am 21. August 2022 war zuvor in einer Sonderausgabe des offiziellen Organs der CPP, *Ang Bayan* (*Das Volk*), bestätigt worden. Diesem Bericht zufolge befanden sich die Tiamzons und ihre acht Begleiter, die alle unbewaffnet waren, am 21. August zwischen zwölf und 13 Uhr in Catbalogan City auf der östlichen Insel Samar an Bord zweier Fahrzeuge, als sie von staatlichen Kräften abgefangen und festgenommen wurden. Zeugen berichteten, dass die Gesichter und Körper der Gefangenen zertrümmert und mit harten Gegenständen geschlagen wurden. Die Leichen der Opfer wurden dann am 22. August auf ein mit Sprengstoff gefülltes Motorboot geworfen, das von Catbalogan in Richtung der Insel Tarangnan geschleppt wurde, bevor es auf halbem Wege zur Explosion gebracht wurde.

»Mit dem Tod des CPP-Gründers José Maria »Joma« Sison im vergangenen Dezember«, erklärte Año, der einst auch Generalstabschef der Streitkräfte war, »ist die kommunistische Terrorgruppe nun kopflos und verfügt über keine klare nationale Führung mehr.« (rw)

Endziel: Eine volksdemokratische Republik

Philippinische NDFP kämpft weiter für revolutionären Umbruch – von Manila als »terroristisch« gebrandmarkt

Die Nationale Demokratische Front der Philippinen (NDFP) ist ein Bündnis von gegenwärtig 18 Mitgliederorganisationen, das am 24. April 1973 im politischen Untergrund entstand. Dabei handelt es sich wesentlich um sektorale Organisationen von Jugendlichen, Frauen, Arbeitern, Bauern, Fischern, Kunst- und Kulturschaffenden, medizinischem Personal etc. Politisch und ideologisch tonangebend ist bis heute die bereits Ende Dezember 1968 gegründete Kommunistische Partei (CPP), die sich Ende März 1969 mit der Formierung der Neuen Volksarmee (NPA) ihre eigene Guerillaorganisation schuf. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde zählen außerdem die Patriotische Jugend,

die Christen für Nationale Befreiung und die revolutionäre Frauenorganisation MAKIBAKA (»Befreite Bewegung neuer Frauen«). Die NDFP war landesweit die führende Kraft im (bewaffneten) Widerstand gegen das Regime von Ferdinand E. Marcos (1966–86), der im September 1972 das Kriegsrecht über den Archipel verhängte hatte. Nach seinem Sturz Ende Februar 1986 wurde Marcos samt seiner handverlesenen Entourage von der US-Luftwaffe ins Exil auf Hawaii ausgeflogen, wo er drei Jahre später starb.

Im November 1977 veröffentlichte die NDFP ihr Zehnpunkteprogramm, das später zu einem Zwölfpunkteprogramm erweitert wurde. Oberstes Ziel ist die Schaffung einer

volksdemokratischen Republik der Philippinen. Der Weg dorthin soll – im Sinne Mao Zedongs – über einen langwierigen Krieg führen, in dessen Verlauf die Städte schrittweise vom Hinterland aus eingekreist und schließlich in einer Serie militärischer Endoffensiven eingenommen werden sollen. Zu den Minimalzielen, die bereits vielerorts im Hinterland verfolgt und umgesetzt werden, zählen: Verringerung der Ernteabgaben an (Groß-)Grundbesitzer, Abschaffung beziehungsweise Senkung von Wucherzinsen, Basisgesundheitsdienste für die ländliche Bevölkerung und die Organisation kollektiver Gegenwehr gegen rechte paramilitärische Verbände.

Bis zum Sturz der Marcos-Diktatur galt die NPA mit ihren damals

annähernd 30.000 Kombattanten aus Sicht des US-Verteidigungsministeriums (Pentagon) als weltweit am schnellsten wachsende Guerilla. Trotz oder gerade wegen dieser Erfolge verfestigte sich der Militarismus bei der damaligen CPP-Führung, was dazu führte, dass zeitweilige Rückschläge »eingeschleusten Agenten« angekreidet wurden. »Parteiinterne Säuberungsaktionen« kosteten mehr als 1.000 Genossen das Leben – das dunkelste Kapitel in der Geschichte der CPP. Eine seit 1992/93 durchgeführte »Berichtigungsbewegung« innerhalb der Partei spaltete die revolutionäre Bewegung in zwei sich fortan unerbittlich befehlende Lager. Während die sogenannten Reaffirmists am langwierigen Volkskrieg festhalten,

verwarfen die Rejectionists dieses Konzept als unzeitgemäß, verließen scharenweise die NDFP und konzentrierten sich fortan auf den parlamentarischen Kampf oder engagierten sich in NGOs.

Die NDFP unterhält seit Ende der 1970er Jahre im niederländischen Utrecht, wo zwischenzeitlich zahlreiche philippinische Linke aufgrund ihrer Verfolgung politisches Asyl gefunden hatten, ein internationales Liaisonbüro. Der sogenannte Antiterrorismusrat der philippinischen Regierung unter dem Kommando altgedienter Militär- und Polizeioffiziere erwirkte, dass die NDFP und mehrere ihrer Führungspersonalitäten im Sommer 2021 als »terroristisch« gebrandmarkt wurden.

Rainer Werning